

Resümee der Podiumsdiskussion

Brauchen wir eine neue internationale Agrarpolitik?

**am 7. September 2004
im Renner-Institut**

Am Podium

HERBERT BÖSCH, Abgeordneter zum Europäischen Parlament

THOMAS HIRSCH, Finanzdirektor von FIAN International

NIKOLAUS MORAWITZ, Leiter der Fachabteilung „EU und internationale Beziehungen“
der Landwirtschaftskammern Österreichs

Moderation

MARTIN JANATA, Renner-Institut

In Kooperation mit FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk)

verfasst von Martin Janata

Projektleitung/nähere Information

Mag. Martin Janata

Renner-Institut

Akademie für Internationale Politik

Bereich Südost- & Osteuropa, Global Politics

T 01-804 65 01-13

janata@renner-institut.at

Am 7. September fand im Dr.-Karl-Renner-Institut in Zusammenarbeit mit FIAN Österreich (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) eine Podiumsdiskussion zum Thema „Brauchen wir eine neue Internationale Agrarpolitik“ statt. Als Redner waren Thomas Hirsch, der Finanzdirektor von FIAN International, Nikolaus Morawitz, Leiter der Fachabteilung „EU und internationale Beziehungen“ der Landwirtschaftskammern Österreichs, und Herbert Bösch, SPÖ-EU-Abgeordneter, eingeladen.

Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Tendenzen in der Agrarpolitik zu thematisieren. Im Mittelpunkt standen dabei natürlich auch die Verhandlungen, die im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde im Juli dieses Jahres stattfanden, und sich im Wesentlichen mit den Subventionen im Agrar-Sektor auseinander setzten.

Gibt es eine internationale Agrarpolitik?

Gleich zu Beginn seines Statements wies Nikolaus Morawitz darauf hin, dass es eine internationale Agrarpolitik im engeren Sinn eigentlich nicht gibt. Vielmehr gäbe es nur eng geflochtene Regelwerke in den USA und in Europa, die die dortige Agrarpolitik bestimmten. Seit der Uruguay-Runde der Welthandelsorganisation gibt es über diese Regeln hinausgehend auch die Bemühungen, Subventionen im Agrarsektor zu vereinheitlichen bzw. abzuschaffen.

Durch die enge Verknüpfung weltwirtschaftlicher Vorgänge, die natürlich auch den Agrarsektor betreffen, kann aber sicherlich gesagt werden, dass diese mehr oder weniger voneinander unabhängigen Regeln durch die Globalisierung der Agrarmärkte miteinander in Verbindung treten und so in weiterer Folge gewisse Entwicklungen im Agrarsektor vorgehen. So entsteht etwas, das man vielleicht unbewusste internationale Agrarpolitik nennen könnte.

Agrarpolitik und Hunger

Thomas Hirsch warf mit der Behauptung „Die internationale Agrarpolitik hat bisher nicht dazu beigetragen, den weltweiten Hunger zu reduzieren“, eine provokante These aufs Tapet. Heute hungern weltweit noch immer 840 Millionen Menschen. „Dabei gäbe es weltweit genügend Nahrungsmittel, um alle Menschen zu ernähren“, meinte Hirsch. Nach der mathematischen Definition gelten Menschen, die weniger als 2.200 Kalorien pro Tag zu sich nehmen, als hungernd, „nach aktuellen Berechnungen stünden, bei anderer Verteilung der Nahrungsmittel, derzeit jedem Menschen 2.600 Kalorien zur Verfügung“, merkte Hirsch an.

Die Hungernden finden wir heute noch immer hauptsächlich in Afrika südlich der Sahara und in Südost-Asien. Interessanterweise herrscht Hunger dort, wo Nahrungsmittel produziert werden. Als Gründe hierfür führt Hirsch den fehlenden Markzugang der ärmsten Länder wie auch den unfairen Wettbewerb seitens der industrialisierten Länder an, die den Landwirtschaftssektor mit zirka 320 Milliarden US-Dollar jährlich fördern. Hierbei muss allerdings angemerkt werden, dass auch große Entwicklungs- bzw. Schwellenländer wie Argentinien, Brasilien oder Indien mit hohen Subventionen und Protektionismus im Agrarbereich zu diesem Zustand beitragen.

Die vor kurzem abgehaltenen Verhandlungen der WTO im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde geben für Hirsch keinen Grund zur Hoffnung. „Die Ergebnisse in Genf verliefen enttäuschend“, es wurde lediglich ein Rahmenabkommen mit wenig bis gar keinen konkreten Anhaltspunkten beschlossen. Recht positiv wurde von Seiten der NGOs allerdings die Einigung, dass Exportsubventionen auslaufen sollen,

aufgenommen. Allerdings fehlt auch hier Konkretes, denn auf ein Datum, wann die Subventionen auslaufen sollten, konnte man sich leider nicht einigen.

Anders interpretierte Nikolaus Morawitz die Verhandlungen. Er bezeichnet das beschlossene Rahmenabkommen als ersten Schritt in die richtige Richtung. „Mit konkreten Zahlen hätte es dieses Abkommen nicht gegeben“, meinte Morawitz, „nun gilt es, diesen Rahmen mit sehr viel Inhalt zu füllen“. Er wies auch darauf hin, dass die Probleme der Entwicklungsländer nicht nur agrarpolitisch gesehen werden dürfen, da Einflussfaktoren wie der Mangel an Frieden, fehlende Rechtsstaatlichkeit, Korruption und eine schlechte bzw. fehlende Infrastruktur ebenfalls eine große Rolle spielen.

Herbert Bösch wiederum sieht ganz klare Auswirkungen der derzeitigen Agrarpolitik auf die Länder der Dritten Welt und plädierte dafür, dass Österreich hier eine ganz klare Position bezieht und diese auch im Rahmen der WTO einbringt. Ein erster Schritt, diese Auswirkungen zu reduzieren, wäre etwa eine Aufgabe der Exporterstattung. Dafür sollte aber auch von den Entwicklungsländern die Einhaltung von Sozialstandards bei der Produktion verlangt werden.

Die Agrarpolitik der Europäischen Union

Agrarpolitik hat bereits eine sehr lange Tradition im Rahmen der EU. „Sie ist der einzig wirklich vergemeinschaftete Sektor“, wies Morawitz hin. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass sie zu einem der meist subventionierten Sektoren der EU gehört. Allerdings entfernte man sich in der Vergangenheit von dem 60-prozentigen Anteil des Agrarsektors am EU-Gesamtbudget – dieser Anteil wird in der nächsten Finanzperiode bei etwa 33 Prozent liegen.

In der Entstehungsperiode der Europäischen Gemeinschaft stand Ernährungssicherung verständlicherweise ganz oben auf der Agenda, weshalb sich auch die Sonderstellung des Agrarsektors ergab. Diese Sonderstellung gibt es heute allerdings kaum noch, allerdings darf man sich auch keine Revolutionen, keine radikalen Änderungen in der Agrarpolitik erwarten.

Herbert Bösch, der seit kurzem auch im Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments sitzt, forderte die Österreicherinnen und Österreicher dazu auf, darüber nachzudenken, „wofür wir als Österreicher in der EU Geld ausgeben wollen“. Derzeit fließen 40 Milliarden Euro in den Agrarsektor, der Gesamthaushalt beläuft sich im Vergleich dazu auf 100 Milliarden Euro. Ein Viertel dieses Geldes kommt allerdings nicht den Bauern zugute, sondern wird für die Verwaltung der Überproduktion aufgewendet. „Ich hätte es lieber, diese 10 Milliarden, die man für die Überschussverwertung aufwendet, gingen zu unseren Bauern“, merkte Bösch an. Ein weiterer großer Kritikpunkt waren auch die immer noch existierenden Exporterstattungen von Lebendrindern, für die im Jahr 2004 77 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. „Diese Politik wird von der österreichischen Bundesregierung mitgetragen, die sich rühmt, ein Tierschutzgesetz zusammengebracht zu haben“, empörte sich Bösch. Ein weiterer großer Kritikpunkt Böschs an der derzeitigen EU-Agrarpolitik war, dass diese fast ausschließlich die Großbetriebe berücksichtigt und fördert.